



Bild: Tatjana Schnalzger

«Wie sicher sind unsere Sozialwerke?» Mit diesem Thema beschäftigten sich an der gestrigen «Zeit für Liechtenstein»-Veranstaltung VU-Parteipräsident Jakob Büchel, Moderatorin Petra Fiel, Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini, Christine Schädler vom LANV, Orlando Wanner, Co-Präsident der Jugendunion, Regierungschef-Stellvertreter und Wirtschaftsminister Thomas Zwiefelhofer sowie Roman Frick, Präsident der Seniorenunion (v. l.).

«Die Sozialwerke sind so sicher, wie wir sie heute machen»

GÜNTHER FRITZ

SCHAAN. Die grosse Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) wurde vom Landtag bereits in erster Lesung behandelt. Die Vernehmlassung zur AHV-Reform ist über die Bühne gegangen und der entsprechende Bericht und Antrag an den Landtag ist in Ausarbeitung. Die Vernehmlassungsfrist für die Revision des Gesetzes für die Betriebliche Personalvorsorge läuft morgen ab. «Zur Sicherung der in den vergangenen Jahrzehnten von uns allen mit grossem Einsatz geschaffenen Sozialwerke braucht es wohlüberlegte Massnahmen», sagte Regierungschef-

Stellvertreter und Wirtschaftsminister Thomas Zwiefelhofer gestern Abend in seinem Impulsreferat zum Thema «Wie sicher sind unsere Sozialwerke?».

Für alle tragbar und gerecht

Eingeladen zur Diskussion über die anstehenden Reformen der Sozialwerke hatte Roman Frick, Präsident der Seniorenunion. Dies im Rahmen der VU-Veranstaltungsserie «Zeit für Liechtenstein», mit der laut VU-Präsident Jakob Büchel aktuelle Themen aufgegriffen werden, die unter den Nägeln brennen. Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer beantwortete die Frage, wie sicher die So-

zialwerke seien, kurz und bündig: «Unsere Sozialwerke sind so sicher, wie wir sie heute machen.» Die Massnahmen zur Sicherung müssten nicht nur nachhaltig wirksam sein, «sie müssen auch für alle tragbar und gerecht sein: Für Senioren ebenso wie für die Jugend, für die Arbeitnehmer ebenso wie für die Wirtschaft», so Thomas Zwiefelhofer in seinem Impulsreferat zu den Gästen im Kleinen Saal in Schaan.

Das Geld fällt nicht vom Himmel

Können nun aber die von der Regierung vorgesehenen Reformen der Sozialwerke den Anspruch, dass sie für alle tragbar und gerecht sind, wirklich erfül-

len? Dazu sagte Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer bei der Podiumsdiskussion: «Die Regierung strebt natürlich möglichst ausgewogene Lösungen an.» Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini erklärte auf die Frage, ob es nicht immer die Geringverdienenden treffe: «Das Geld fällt nicht vom Himmel. Jemand muss die sozialen Leistungen am Ende des Tages auch bezahlen.» Mauro Pedrazzini findet die Lastenverteilung in der AHV-Reform und der KVG-Revision vernünftig und tragbar. Was schliesslich von einer Mehrheit als gerecht eingestuft wird, das werde der demokratische Prozess zeigen. ZEIT FÜR LIECHTENSTEIN 4, 5



Konnte mit der Seniorenunion eine spannende Veranstaltung auf die Beine stellen: Roman Frick, Präsident der Seniorenunion.



Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer machte in seinem Referat auf die nötigen Reformen aufmerksam.



Jakob Büchel, Parteipräsident der VU, bedankte sich in seinen Schlussworten bei den Besuchern.

Bilder: Tatjana Schnalzger

Sozialwerke enkeltauglich machen

Bei der gestrigen «Zeit für Liechtenstein»-Veranstaltung wurde darüber diskutiert, inwiefern man die Sozialwerke verbessern und vor allem zukunftsfähiger machen könnte. Dabei wurde klar, dass die Komplexität der Thematik viele kleine Lösungen braucht. Eine schwierige Aufgabe.

STEPHAN AGNOLAZZA

SCHAAN. «Revision hier, Sanierung dort. Ständig liest man in der Zeitung über neue Ideen, wie man die Sozialwerke fit für die Zukunft machen möchte. Heute Abend wollen wir etwas Klarheit schaffen», begrüßte Roman Frick, Präsident der Seniorenunion, die Besucher. Es sei kein einfaches Thema, welches sich die Seniorenunion als Veranstalterin ausgesucht habe. Dafür umso wichtiger. Ausserdem betreffe das Thema «Sozialwerke» alle, von Jung bis Alt, und nicht nur die Senioren. Wer einen Blick ins Publikum wagte, gab ihm Recht: Von Jugendlichen, Arbeitstätigen und Pensionisten war an der gestrigen Diskussion im Kleinen Saal in Schaan alles vertreten.

Einfacher wird's nicht

Bereits in den einleitenden Worten von Roman Frick wurde klar, dass es eine heisse Diskussion werden könnte: Fortschreitende und scheinbar unaufhörliche Prämienhöhlungen bei den Krankenkassen, Kürzungen bei den AHV-Leistungen (Stichwort: Streichung Weihnachtsgeld) und ähnliche Themen sorgten bereits in der Vergangenheit für hitzige Debatten. Und

mit den demografischen Entwicklungen in Liechtenstein wird die Problematik nicht einfacher, im Gegenteil. Immer weniger Junge werden immer mehr Alte «durchfüttern» müssen. Das bedeutet mit dem heutigen System: Immer weniger Geld für immer mehr Bezüger. Eine heikle Angelegenheit.

Zwischen Theorie und Praxis

In seinem Impulsreferat zeigte Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer die Entwicklungen der Sozialwerke in kurzen Worten auf, bevor er auf die Reformanstrengungen der Regierung einging. Denn etwas sei klar: «Unsere Sozialwerke sind so sicher, wie wir sie heute machen.» Die Regierung habe sich deshalb entschieden, sowohl das Krankenversicherungs-

«Sozialwerke betreffen alle, nicht nur die Senioren.»

Jakob Büchel
Präsident VU

gesetz (KVG) zu revidieren als auch die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) zu reformieren. Dazu kommt, dass auch die Betriebliche Personalvorsorge Gesetzesanpassungen braucht,

um weiterhin erfolgreich zu wirtschaften. «Bei der Krankenversicherung konzentrieren sich die Massnahmen zur Kostensenkung sowohl auf die Seite der Versicherten als auch auf die Seite der Leistungserbringer», so Zwiefelhofer.

Neben Änderungen am Versicherungsmodell, welche die Eigenverantwortung stärken und zu einer bewussteren und damit sparsameren Inanspruchnahme medizinischer Leistungen führen würden, beabsichtigt die Regierung, das Verhältnis zwischen Leistungserbringern und Krankenkassen neu zu regeln. Was in der Theorie ziemlich einfach klingt, stösst in der Praxis auf teilweise knallharten Widerstand. Man denke nur an die gegenwärtig verkrachten Fronten rund um die KVG-Revision.

AHV frühzeitig sichern

Liechtensteins AHV liegt glücklicherweise nicht so im Argen, wie es in vergleichbaren Ländern der Fall ist. Zurzeit kann der AHV-Fonds immer noch fast elf Jahresausgaben decken, ein internationaler Spitzenwert. Die Prognosen sind aber allesamt negativ. Eine Reform sei deshalb vonnöten. «Die Regierung hat ein möglichst ausgewogenes Massnahmenbündel definiert,

um die AHV langfristig zu sichern», so der Regierungschef-Stellvertreter.

Darin enthalten sind unter anderem eine Festlegung des Staatsbeitrages mit Teuerungsausgleich, eine Erhöhung der Ar-

«Die Sozialwerke müssen an heutige Realitäten angepasst werden»

Thomas Zwiefelhofer
Regierungschef-Stellvertreter

beitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge, eine Erhöhung des Rentenalters für Junge, eine Beitragspflicht für Rentner auf Erwerbseinkommen sowie eine Umlage und Kompensation des Weihnachtsgeldes. All diese Massnahmen führen aber noch nicht dazu, dass die AHV in zwanzig Jahren immer noch so gut gedeckt ist wie heute, aber – so die Prognose – der AHV-Fonds sollte dann noch immerhin acht Jahresausgaben decken.

Liberaler Auffassung

Bei der Betrieblichen Personalvorsorge sieht die Lage etwa ähnlich aus wie bei der AHV: Gute Gegenwart, aber ohne Anpassungen eine düstere Zukunft. Deshalb habe sich die Regierung

auch hier dafür entschieden, eine Reform aufzugleisen. Mit Beitragserhöhungen von sechs auf mindestens acht Prozent sowie der Streichung des von heute abziehbaren Freibetrages soll die Betriebliche Personalvorsorge langfristig finanziert werden. Weitere Massnahmen sollen zudem ein früherer Einstieg in den Sparprozess sowie eine Senkung der Eintrittsschwelle für die Versicherungspflicht sein.

Man sei überzeugt, auf dem richtigen Weg zu sein, so Zwiefelhofer: «Anlässlich der Jubiläumsveranstaltung vom letzten November wurde das Gesetz von namhaften Schweizer Experten für die liberale Ausstattung gelobt. Es belässt den Vorsorgestiftungen Handlungsspielräume zugunsten der Sicherheit.» Nun gelte es, daran festzuhalten.

Keine falschen Versprechungen

Zwiefelhofer legte grössten Wert darauf, den Besuchern klarzumachen, dass die Reformen ausgewogen und trotzdem dringend nötig seien. Für den sozialen Frieden und einen attraktiven Standort seien funktionierende Sozialwerke unerlässlich. Ähnlich sah das auch Jakob Büchel, Parteipräsident der Vaterländischen Union, in seinen Schlussworten: «Die Sicherung

der Sozialwerke ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates.» Schliesslich gehörten die Sozialwerke zu den grossen Verdiensten des 20. Jahrhunderts und es gelte, sie auch im 21. Jahrhundert finanzierbar zu halten. Darin waren sich gestern alle Diskussionsteilnehmer einig.

Aktuelles Thema aufgegriffen

Die genannten Reformen und Revisionen wird niemanden freuen. Leistungskürzungen und Abgabenerhöhungen werden die Folgen sein. An ihrer Notwendigkeit bestehen aber kaum Zweifel. Mit einer kompetenten und diskussionsfreudigen Runde wurden gestern deshalb die verschiedenen Massnahmen verhandelt (siehe Seite 5). Das Publikum zeigte sich dabei sehr interessiert und nutzte die Fragemöglichkeiten aus. Es zeigte sich, dass das Thema unter den Nägeln brennt. Hier wurden die Diskussionsteilnehmer dann in die Mangel genommen und mit realen Problemen konfrontiert.

Mit den «Zeit für Liechtenstein»-Veranstaltungen versuche die VU, aktuelle Themen aufzugreifen, so Jakob Büchel. Das ist ihr gestern absolut gelungen. Mit dem Thema Sozialwerke wird sich Liechtenstein noch länger beschäftigen müssen.



Viele interessierte Zuschauer besuchten die gestrige «Zeit für Liechtenstein»-Veranstaltung. Sie nutzten dabei auch die Möglichkeit, Fragen an die Referenten zu stellen.



Bilder: Tatjana Schnalzger

Die Teilnehmenden an der Podiumsdiskussion zum Thema «Wie sicher sind unsere Sozialwerke?»: Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini, Regierungschef-Stellvertreter und Wirtschaftsminister Thomas Zwiefelhofer, Moderatorin Petra Fiel, Christine Schädler vom LANV und Orlando Wanner, Co-Präsident der Jugendunion (v. l.).

Für gerechten Lastenausgleich

Gute Ideen zur einer möglichst gerechten Verteilung der Belastungen zur Finanzierung der Sozialwerke sind willkommen. Umsetzbar sind aber nur jene Ideen, die in der Realität dann auch bezahlt werden können. Darin waren sich die Podiumsdiskussionsteilnehmer einig.

GÜNTHER FRITZ

SCHAAN. Wie sicher sind unsere Sozialwerke? Diese Frage stand im Zentrum der gestern Abend von der Vaterländischen Union im Kleinen Saal in Schaan durchgeführten «Zeit für Liechtenstein»-Veranstaltung. Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer, Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini, Christine Schädler vom Liechtensteinischen ArbeitnehmerInnenverband (LANV) und Orlando Wanner, Co-Präsident der Jugendunion, stellten sich im Rahmen der an das Impulsreferat von Thomas Zwiefelhofer anschließenden Podiumsdiskussion den kritischen Fragen von Moderatorin Petra Fiel und des Publikums.

Für ausgewogene Lösungen

Auf die Frage der Moderatorin, inwieweit die geplanten Reformen in den Bereichen Krankenversicherung (KVG), AHV und Betriebliche Personalvorsorge überhaupt sozial gerecht und für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger tragbar seien, sagte

Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer: «Die Regierung strebt natürlich möglichst ausgewogene Lösungen an.» Er erinnerte daran, dass es bereits bei der Einführung der AHV im Jahre 1952 heisse Diskussionen darüber gegeben habe, wie die entsprechende Lastenverteilung gestaltet werden soll.

Das Geld fällt nicht vom Himmel

Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini erklärte auf die Frage der Moderatorin, ob es nicht immer die Geringverdienenden trifft: «Das Geld fällt nicht vom Himmel. Jemand muss die sozialen Leistungen am Ende des Tages auch bezahlen.» Wenn mit den Reformen nicht vorgesorgt werde, würde man die Lasten zu stark auf die nächsten Generationen abwälzen.

Mauro Pedrazzini findet die Lastenverteilung in der geplanten AHV-Reform und der bereits im Landtag behandelten KVG-Revision vernünftig und tragbar. Was schliesslich von einer Mehrheit als gerecht eingestuft wird,

das werde der demokratische Prozess zeigen.

Prinzip Hoffnung genügt nicht

Heute deckt der AHV-Fonds fast 11 Jahresausgaben ab. Wieso muss das AHV-System dennoch reformiert werden? Dazu sagte Mauro Pedrazzini: «Auf das Prinzip Hoffnung hatte man viel zu lange bei der Pensionsversicherung für das Staatspersonal gesetzt. Es hat uns aber kläglich im Stich gelassen.»

Zur Erhöhung des Pensionsalters führte Christine Schädler vom LANV aus, dass ältere Arbeitnehmer nach einer Kündigung schon heute grosse Schwierigkeiten hätten, einen neuen Job zu finden. Wenn man die Arbeitnehmer länger arbeiten lassen wolle, müssten aber auch die Arbeitsplätze so gestaltet werden, dass die Menschen gerne länger arbeiten gehen. Orlando Wanner findet die Erhöhung des Pensionsalters notwendig, wies aber auf das Bedürfnis der jungen Arbeitnehmer nach flexiblen Arbeitszeitmodellen zur Erhaltung der Work-Life-Balance hin. Die

Sozialsysteme sollten entsprechend flexibel ausgestaltet werden. Nach den Ausführungen von Orlando Wanner ist in seiner Generation vor allem auch die Altersvorsorge über die dritte Säule ein grosses Thema.

Wahlfreiheit gewährleisten

Was die Arbeitszeitmodelle betrifft, erklärte Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini, dass in zwei Dritteln der Haushalte mit Kindern beide Elternteile arbeiten gehen. Der Mann habe in der Regel einen Vollzeitjob, die Frau arbeite Teilzeit. Was die Regierung angesichts dieses gesellschaftlichen Wandels tun könne, sei Wahlfreiheit zu schaffen. So hätten Frauen zum Beispiel erst die Wahl bekommen, einer Teilzeitarbeit nachgehen zu können, nachdem die Kita-Plätze subventioniert worden sind. Christine Schädler rief in diesem Zusammenhang jene Männer, die sich verstärkt in die Familienarbeit einbringen und deshalb auch Teilzeit arbeiten wollen, zu mehr Mut auf. Sie sollen sich vonseiten der Arbeitgeber nicht gleich auf-

grund der ersten Frage «Was ist Ihnen wichtiger, Ihre Karriere oder Ihre Familie?» einschüchtern lassen.

Erziehung über die Geldtasche

Moderatorin Petra Fiel erinnerte den Gesellschaftsminister an seinen Ausspruch, dass sich die Versicherten nur dann zu mehr Eigenverantwortung erziehen lassen und nicht mehr wegen jedem Wehwechen zum Arzt springen, wenn es ihnen finanziell weh tue. Mauro Pedrazzini meinte dazu, dass es letztlich darum gehe, die Krankenkassenprämien bezahlbar zu machen. Deshalb müssten alle vermeidbaren Kosten auch vermieden werden. Dass bei diesem 100-Millionen-Geschäft mit harten Bandagen gekämpft werde, liege in der Natur der Sache. Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer sagte, dass er sich manchmal eine andere Tonart von Mauro Pedrazzini wünschen würde. Man dürfe nicht alle Leistungserbringer in einen Topf werfen und die Diskussion über die Gesundheits-

kosten derart anheizen, dass man alles an die Wand fahre.

Grundeinkommen einführen?

Christine Schädler vom LANV erklärte, dass auch «verrückte Ideen» zur Diskussion zugelassen werden müssten, ohne dass alle deswegen gleich die Hände werfen. So brachte sie die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens ein. Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer sagte dazu, dass man natürlich über viele Ideen diskutieren dürfe. Die Einführung eines Grundeinkommens sei an sich ja eine schöne Idee, aber er könne sich als Wirtschaftsminister, der sich für optimale Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Liechtenstein einzusetzen habe, die entsprechende Umsetzung schlicht und einfach in der politischen Realität nicht vorstellen. Mauro Pedrazzini sagte dazu, dass man hier nur den Taschenrechner benützen müsse, um gleich zu erkennen, dass diese nette Idee niemals funktionieren könne.



Landtagsvizepräsidentin Viola Lanter-Koller und der VU-Abgeordnete Frank Konrad im Gespräch.



Viel Jugend vor Ort: Yannick Zurflüh, Maximilian Meyer, Désirée Walch, Orlando Wanner und John Zimmermann (v. l.).



Günther Schierle im Gespräch mit dem Schaaner Vorsteher Daniel Hilti (v. l.).



Spezialisten unter sich: AHV-Direktor Walter Kaufmann und Karl-Anton Wohlwend, Leiter des Amtes für Soziale Dienste (v. l.).



Unterhielten sich nach der Diskussion noch weiter über die AHV: Die VU-Abgeordneten Thomas Vogt und Manfred Kaufmann (v. l.).



Ruggeller Runde in Schaan: Jürgen Hasler, Martin Büchel und Egon Hasler (v. l.).